

Ausschreibung der Funktion der Leitung der Fallabteilung B in der Bundeswettbewerbsbehörde

Gemäß den §§ 4 und 5 des Ausschreibungsgesetzes 1989 i.d.g.F. wird die Funktion eines Abteilungsleiters / einer Abteilungsleiterin in der Fallabteilung B in der Bundeswettbewerbsbehörde ausgeschrieben (Arbeitsplatzwertigkeit A 1/5 bzw. v1/4).

Wertigkeit/Einstufung:	A1/5 bzw v1/4
Dienststelle:	Bundeswettbewerbsbehörde
Dienstort:	Wien
Vertragsart:	Unbefristet
Befristung:	
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Beginn der Tätigkeit:	01.02.2024
Ende der Bewerbungsfrist:	22.02.2024
Monatsentgelt/bezug mindestens:	EUR 4.154,- brutto (A1/5) bzw. EUR 5.268,9 brutto (v1/4) Regelstufe
Referenzcode:	BMAW-24-0028

Aufgaben und Tätigkeiten

Durchführung von Ermittlungen, Fusionskontrolle, Pränotifikationsverfahren, Sektorale Expertise u. Wissensmanagement, Vorbereitung von Verfahren in den der Fallabteilung B zugeordneten Sektoren: Bauwirtschaft, Information, Telekommunikation, Medien, Freizeitwirtschaft, Unterhaltung und Post; Gesundheit, Pharmazie, Versicherungen, Finanzdienstleistungen, Konsumgüter, Maschinen- und Anlagenbau; Angelegenheiten des DMA; Wahrnehmung der Kompetenzen nach ORF-Gesetz; Wahrnehmung der Überwachungs- und Ermittlungsbefugnisse des Interbankenentgeltvollzugsgesetz (IEVG)

Die Bundeswettbewerbsbehörde wurde am 1. Juli 2002 auf Grundlage des Wettbewerbsgesetzes gegründet und ist organisatorisch dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft beigeordnet. Sie wurde mit dem Ziel eingerichtet, funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen und Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen im Sinne des KartG 2005 oder der Europäischen Wettbewerbsregeln im Einzelfall entgegenzutreten sowie die Anwendbarkeit des KartG 2005 in Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht zu gewährleisten. Näheres ist der Website der Bundeswettbewerbsbehörde <http://www.bwb.gv.at> zu entnehmen.

Erfordernisse

Allgemeine Voraussetzungen für die Betrauung mit der ausgeschriebenen Funktion sind:

- Österreichische Staatsbürgerschaft;
- Bestehen eines Dienstverhältnisses zum Bund bzw. Erfüllung der allgemeinen Aufnahmeerfordernisse des § 3 Vertragsbedienstetengesetz i.d.g.F.;
- Abschluss eines rechtswissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Universitätsstudiums; weitere fachspezifische Ausbildungen sind von Vorteil;

Zur Beurteilung der persönlichen und fachlichen Eignung der Bewerber/-innen werden folgende Kenntnisse und Fähigkeiten herangezogen:

- 1) Umfassende Kenntnisse und Erfahrungen auf den der Abteilung zugewiesenen Aufgabengebieten insbesondere betreffend die Vorbereitung und Durchführung von kartellrechtlichen Ermittlungen unter Anwendung moderner Ermittlungsmethoden und von Verfahren der Fusionskontrolle
- 2) Initiative, Gestaltungswille, Strategie- und Zielorientierung, Fähigkeit zu vernetztem und analytischem Denken
- 3) Managementfähigkeit, Organisations- und Koordinationsfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Umsetzungsorientierung
- 4) Verhandlungsgeschick, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Überzeugungskraft, Repräsentationsfähigkeit
- 5) Erfahrung in der Mitarbeiter- und Teamführung, Team- und Motivationsfähigkeit
- 6) Englischkenntnisse (verhandlungssicher); weitere Sprachkenntnisse sind von Vorteil.

Die unter Pkt. 1) bis 6) angeführten Kenntnisse und Fähigkeiten werden bei der Eignungsbeurteilung mit folgender Gewichtung berücksichtigt: 1) 30%, 2) 15%, 3) 15%, 4) 15%, 5) 20%, 6) 5%.

Gemäß § 5 Abs. 2a Ausschreibungsgesetz 1989 sind Erfahrungen aus qualifizierten Tätigkeiten oder Praktika im Gesamtausmaß von mindestens sechs Monaten in einem Tätigkeitsbereich außerhalb der Dienststelle (z.B. Wirtschaftsunternehmen, bei einer Einrichtung der Europäischen Gemeinschaften oder bei einer sonstigen zwischenstaatlichen Einrichtung) erwünscht.

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Der Monatsbezug/Das Monatsentgelt beträgt EUR 4.154,- brutto (für Beamtinnen und Beamte) bzw. EUR 5.268,9 brutto (für Vertragsbedienstete) in der Regelstufe. Dieser Betrag kann sich auf Grundlage der gesetzlichen Vorschriften durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Bezugs- bzw. Entlohnungsbestandteile erhöhen.

Da das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft bemüht ist, den Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen zu erhöhen, werden nachdrücklich Frauen zur Bewerbung eingeladen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass nach § 11c des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes Bewerberinnen, die für die angestrebte Verwendung (Funktion) gleich geeignet sind wie der bestgeeignete Mitbewerber bei der Betrauung mit der Funktion bevorzugt werden, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Im Bewerbungsschreiben sind die Gründe anzuführen, die die Bewerberin / den Bewerber für die Bekleidung der ausgeschriebenen Funktion als geeignet erscheinen lassen. Die Bewerberinnen/ Bewerber werden eingeladen, ihre Vorstellungen über die Funktionsausübung im Rahmen ihrer schriftlichen Bewerbung darzustellen.

Kontaktinformation

Bitte übermitteln Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (Bewerbungsschreiben, tabellarischer Lebenslauf und Zeugniskopien) unter Angabe der Gründe, welche Sie als Bewerberin bzw. den Bewerber für diesen Arbeitsplatz als geeignet erscheinen lassen an dienststellen@bmaw.gv.at. Für Fragen im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung können Sie sich an Mag. Sandra Mayer wenden.